



2002

# STATISTISCHES JAHRBUCH ÖSTERREICHISCHER STÄDTE

Herausgegeben von STATISTIK AUSTRIA  
und  
vom ÖSTERREICHISCHEN STÄDTEBUND



Wien 2003

#### 4. Die Beschäftigung in Gemeinden und anderen Gebietskörperschaften

Die Gebietskörperschaften (Bund, Länder und Gemeinden) beschäftigten im Jahr 2001 insgesamt 503.388 Arbeitnehmer, das sind um 14.938 weniger als ein Jahr zuvor (-2,9 Prozent).

Von den bei Gebietskörperschaften beschäftigten öffentlich Bediensteten entfallen 207.214 (41,2 Prozent) auf den Bund, 145.154 (28,8 Prozent) auf die Länder (ohne Wien), 70.144 (13,9 Prozent) auf die Gemeinde Wien und 80.876 (16,1 Prozent) auf die anderen Gemeinden. Gegenüber dem Vorjahr sind im Jahr 2001 die Zahlen der Bundesbediensteten (-5.986; -2,8 Prozent), der Landesbediensteten (-8.383; -5,5 Prozent) und der Gemeindebediensteten außerhalb Wiens (-858; -1,0 Prozent) zurückgegangen, während der Beschäftigtenstand in Wien (+289; +0,4 Prozent) trotz einer nachträglichen Revision des Vorjahreswertes leicht gestiegen ist.

Langfristig, etwa im Vergleich zu 1992, hat von den Gebietskörperschaften nur der Bund seinen Personalstand spürbar reduziert, er verfügte 2001 um 98.646 (-32,3 Prozent) Bedienstete weniger als 1992. Ein großer Teil der Personalreduktion ist auf Ausgliederungen ehemaliger Bundesbetriebe, wie z.B. der ÖBB per 1.1.1994 und der Österreichischen Post- und Telegraphenverwaltung per 1.5.1996, zurückzuführen.

Die Personalstände der Landesverwaltungen (ohne Wien) lagen im Jahr 2001 nur um 1.029 Personen (-0,7 Prozent) unter dem Vergleichswert von 1992. Die Zeitreihe zeigt, dass die Länder in den Jahren 1992 bis 2000 mit Ausnahme des Jahres 1996 ihr Personal kontinuierlich erhöhten und erst 2001 eine spürbare Einsparung erfolgte.

In Wien stagniert seit 1996 die Beschäftigung im Landes- bzw. Gemeindedienst und liegt – trotz diverser Ausgliederungen – bei knapp über 70.000 Arbeitnehmern. Für das Jahr 2001 weisen die Gebarungsübersichten für Wien mit 70.144 Beschäftigten um 3.347 Personen oder 5,0 Prozent mehr aus als im Jahr 1992.

Die „übrigen“ Gemeinden meldeten 2001 trotz Ausgliederungen 80.876 Beschäftigte, d.s. 4.623 oder 6,1 Prozent mehr als 1992. Der kontinuierliche Anstieg der Zahl der Gemeindebediensteten bis zur Mitte der neunziger Jahre und das hartnäckige Verharren auf dem hohen Niveau ergibt sich zum

Tabelle 8: Die Bediensteten von Bund, Ländern und Gemeinden

Jahr	Bund	Länder o. Wien*	Wien **)	Gemeinden	Gebietskörperschaften
Bedienstete zum Jahresende					
1992	305.860	146.183	66.797	76.253	595.093
1993	306.604	148.416	66.291	78.222	599.533
1994	239.687	150.206	67.623	79.193	536.709
1995	247.121	149.689	68.392	80.668	545.870
1996	231.488	143.314	70.797	81.049	526.648
1997	221.775	151.729	70.726	80.538	524.768
1998	221.196	152.546	70.223	81.409	525.374
1999	215.028	153.485	70.868	79.872	519.253
2000	213.200	153.537	64.993	81.734	513.464
2001	207.214	145.154	70.144	80.876	503.388
Strukturanteil: Summe Gebietskörperschaften = 100					
1992	51,4	24,6	11,2	12,8	100,0
2001	41,2	28,8	13,9	16,1	100,0
Index: Beschäftigtenstand 1992 = 100					
2001	67,7	99,3	105,0	106,1	84,6

Quelle: Statistik Österreich, eigene Berechnungen. -\*) Ohne Krankenanstaltenbetriebsgesellschaften. -\*\*) Veränderungen von 1999 auf 2000 durch mehrere Ausgliederungen bedingt.

Teil aus dem hohen Anteil an bevölkerungsnahen kommunalen Dienstleistungen, die nach wie vor unter dem Titel "Hoheitsverwaltung" geführt werden.

Tabelle 8 zeigt die Beschäftigungsentwicklung der Gebietskörperschaften von 1992 bis 2001. Sowohl bei den Bundesbediensteten als auch bei den Gemeindebediensteten ist zu beachten, dass das Personal der in den letzten Jahren eingerichteten wirtschaftlichen Unternehmungen in diesen Angaben zum Teil nicht mehr enthalten ist; leider fehlen über den Beschäftigtenstand dieser Unternehmungen vergleichbare Informationen.

#### 5. Die wirksamen Ausgaben der Gemeinden

Tabelle 9 weist die Ausgaben der laufenden und der Vermögensgebarung der Gemeinden ohne Wien aus.

Im Jahr 2001 gaben die Gemeinden (ohne Wien) in der wirksamen Gebarung 9,92 Mrd. € und damit um 203,2 Mio. € oder 2,1 Prozent mehr aus als im Jahr zuvor.

Die größten Ausgabenpositionen der Gemeinde im Jahr 2001 sind die Personalausgaben (2,3 Mrd. €; 23,3 Prozent) und die laufenden Sachausgaben (2,32 Mrd. €; 23,4 Prozent).